

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

SOWEIT, SO GUT...?

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

der Vorwärts ist keine Tageszeitung, und als ich diesen Text in die Produktion geben musste, bogen die Koalitionsgespräche in Berlin gerade in die Endrunde ein. Sieht gut aus im Moment, aber auch wenn wir schon in wenigen Tagen mehr wissen, weiß ich es heute eben noch nicht, denn ich kann nicht in die Zukunft sehen. Schauen wir an dieser Stelle also lieber zurück.

Geht es euch auch so, dass die Bundestagswahl viel, viel länger her scheint, als sie es ist? Ich habe das schon in einem Mitgliederschreiben gleich nach dem Wahlsonntag erklärt, aber ich möchte es nochmal sagen: **Vielen, vielen Dank für die großartige Arbeit, die so viele von euch in diesem Wahlkampf gemacht haben. Eure Kraft war vor der Wahl genauso gefragt wie nach der Wahl, auch wenn die meisten von uns mit so einem Ergebnis gerechnet haben.**

Umso erstaunlicher, was sich seither getan hat: Die Zustimmung zu dem gigantischen Finanzpaket, das Einverständnis zur Anpassung der Schuldenbremse beweist, dass CDU und CSU von den schieren Notwendigkeiten eingeholt wurden. Das Finanzpaket ist beschlossen, im Bundestag wie im Bundesrat, und es bedeutet, dass ein ganz wichtiges sozialdemokratisches Versprechen umgesetzt werden kann: In unser Land zu investieren, ohne Sicherheit und Soziales, Infrastruktur und Bildung oder Klima und Gesundheit gegeneinander auszuspielen. Die Summen, die im Raum stehen, sind wirklich, wirklich groß. Die Idee dahinter ist großartig.



Mit dieser Einigung beginnt die Arbeit aber erst. Ja, die CDU kommt nicht an der SPD vorbei, wenn sie einen Kanzler Friedrich Merz will. Aber auch wir als SPD kommen nicht an der CDU vorbei, wenn wir eine demokratische Regierung wollen. Umso mehr, wenn diese Regierung endlich das finanzielle Fundament hat, um die großen Aufgaben überhaupt lösen zu können.

Ich selbst durfte in Berlin in langen Runden an den Koalitionsgesprächen teilnehmen, in einer Fachgruppe über Bildung und Forschung. Und nein, es hat sich nicht alles verändert: **Die CDU hat ihre Positionen, und es sind meistens nicht die der SPD. Auch diese Koalition kann nur entstehen, wenn sie auf viele Kompromisse gebaut wird.**

„70 Prozent Sozialdemokratie in der Regierung sind besser als 100 Prozent Sozialdemokratie in der Opposition“ – das

ist und bleibt wahr. Aber was sind 100 Prozent Sozialdemokratie? Das sollten wir wissen – und es bekannt machen. Ich glaube, dass wir gut daran tun, in einer Koalition im Bund Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube aber auch, dass sich die SPD als Partei nicht weitere Jahre nur für Kompromisse feiern darf. **Wir brauchen Pragmatismus, aber wir brauchen auch Klarheit über unsere Ziele. Umso mehr, wenn wir mitregieren.**

Werden wir das? Ich hoffe, wir wissen es alle, wenn dieser Text erscheint.

Euer

Andreas Stoch

Bewegte Tage in Baden-Württemberg und Berlin: Andreas Stoch, der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende im Land, und sein Team arbeiten auf beiden Ebenen intensiv für Fortschritte für die Menschen, für ein solidarisches Miteinander.

KLARTEXT AM ASCHERMITTWOCH

Beim traditionellen Politischen Aschermittwoch der SPD Baden-Württemberg am 5. März in Ludwigsburg folgten rund 600 Gäste den feurigen Aschermittwochsreden unseres Landesvorsitzenden Andreas Stoch und des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz.

Andreas Stoch teilte in seiner Rede gegen die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg aus und richtete zugleich den Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Frühjahr: „Die Zeit der Ausreden für landespolitisches Nichtstun in nahezu allen Bereichen ist endgültig vorbei. In Baden-Württemberg fehlen die meisten Wohnungen. Wir haben die größte

Bildungsungerechtigkeit und die Landesregierung schaut schulterzuckend dabei zu. Wir verlieren im Moment Industriearbeitsplätze - das kann nicht der Anspruch von Politik sein. Wir brauchen eine Regierung, die handelt. Und das kann in Baden-Württemberg nur gelingen mit der Sozialdemokratie in der nächsten Landesregierung. Wir wollen keinen Oscar für die beste Nebenrolle – wir wollen regieren!“

Martin Schulz richtete in seiner Rede den Blick auf das große Ganze und beschrieb in seiner mit stehenden Ovationen bedachten Rede, was eine sozialdemokratische Gesellschaft ausmacht: „Respekt vor dem Individuum und Toleranz gegenüber dem anderen

sind in ihrer Kombination die Grundvoraussetzung für ein würdiges Zusammenleben. Ohne Respekt und Toleranz gibt es keine Würde. Man kann seine eigene Würde nur bewahren, indem einem Respekt und Toleranz entgegengebracht werden. Und das ist dann auch eine Pflicht.“ Respekt und Toleranz den anderen gegenüber zu praktizieren, sei die Grundlage einer sozialen und demokratischen Gesellschaft.



Zwei, die die richtigen Schwerpunkte setzen können: Martin Schulz und Andreas Stoch gaben beim politischen Aschermittwoch die Richtung vor.



Aufbruchsstimmung nach der ernüchternden Bundestagswahl in Ludwigsburg.

Save the date:

Debattencamp zum Landtagswahlprogramm am 12. Juli in Stuttgart

Merke dir schon jetzt Samstag, 12. Juli 2025 vor. An diesem Tag veranstalten wir ein Debattencamp, bei dem du deine Vorschläge zum Landtagswahlprogramm einbringen kannst.

Alle Mitglieder werden eingeladen, sich mit unserer Parteispitze und Expert:innen über die spannendsten Ideen für das Landtagswahlprogramm auszutauschen.

Die Einladung mit Anmeldelink folgt rechtzeitig.



Rita Schwarzelühr-Sutter ist Vorsitzende der Programmkommission, die in den kommenden Wochen und Monaten intensiv an der Erstellung des Landtagswahlprogramms arbeitet.

FUSSFESSEL FÜR GEFÄHRDERT: MEHR SCHUTZ VOR HÄUSLICHER GEWALT

Bei vielen schrecklichen Anschlägen spricht das ganze Land darüber, doch bei vielen nicht weniger schrecklichen Fällen häuslicher Gewalt bleibt das Problem im Hintergrund: Immer wieder sind die Täter bereits als gefährlich bekannt gewesen, wurden bereits verurteilt.

Mit einem Gesetzentwurf will die SPD-Landtagsfraktion mit neuer Technik Verbesserungen bringen und die Sicherheit von gefährdeten Personen erheblich verbessern: „Ein geändertes Polizeigesetz könnte eine Erweiterung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung ermöglichen – die sogenannte ‚elektronische Fußfessel‘ bei bereits straffäl-

lig gewordenen Tätern, von denen eine konkrete Gefahr bestimmter Straftaten ausgeht. Das gilt vor allem für häusliche Gewalt oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Ist der Aufenthaltsort der Täter jederzeit überwachbar, schreckt das vor weiteren Taten ab. Im Notfall kann die Polizei viel schneller reagieren“, sagt unser Generalsekretär und Innenexperte Sascha Binder, der der Gesetzentwurf initiiert hat.

Oft zielt die Gefährdung in diesen Fällen speziell auf einzelne Personen, also bedroht ein Ex-Mann zum Beispiel seine Ex-Frau. Hier kann neue Technik auch dafür sorgen, dass ein von einem

Gericht verhängtes Annäherungsverbot durchgesetzt wird: Bei der Unterschreitung eines Mindestabstands löst die Technik automatisch einen Alarm aus – sowohl bei der zu schützenden Person also auch bei der Polizei. Dies erlaubt „Polizeischutz“ nicht nur im bisher bekannten, massiv aufwändigen Verfahren – und genau davon könnten zum Beispiel viele gefährdete Frauen profitieren.

TERMINE

MAI '25:

MI 7. MAI • 18:00 Uhr >
Landesvorstand (digital)

SA 17. MAI >
Antragsfrist - ordentlicher Bundesparteitag

JUNI '25:

DO 26. JUN • 19:00 Uhr
> Präsidium (digital)

FR 27. JUN – SO 29. JUN
> Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Sophia Zimmermann
Redaktion: Sophia Zimmermann, Hendrik Rupp
Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10 • 70182 Stuttgart • on: 0711.61936-0
Mail: kommunikation-bw@spd.de • WWW.spd-bw.de

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM MAI 50. Parteijubiläum:

Landesvertreter:innen-Versammlung zur Aufstellung der LANDESLISTE FÜR DIE LANDTAGSWAHL '26 am 5. Juli 2025

Der Landesvorstand hat Landesvertreter:innen-Versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl '26 auf Samstag, 5. Juli 2025 in der Schwabenlandhalle in Fellbach verschoben – denn am 28. Juni ist nun der Bundesparteitag.

Eine Einladung mit Anmelde-link geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

Bitte beachtet: Die LVV dient allein der Wahl der Landesliste. Sie ist kein Parteitag und insofern auch kein antragsberatendes Gremium der Partei. Anträge der Gliederungen werden erst bei unserem ordentlichen Parteitag am 15. November 2025 beraten. Bewerber:innenschluss für die Landesliste ist Samstag, 24. Mai 2025.

ANZEIGE

**WIR HANDELN
FÜR DEUTSCHLAND.
WIR VERHANDELN
FÜR DICH.**



**JETZT
ENTSCHEIDEST DU.
STIMME AB!**

Fragen zum Koalitionsvertrag oder zum Mitgliedervotum? Alle Antworten gibt's hier:
SPD.DE/regierungsbildung

SPD Soziale
Politik für
Dich.

An einem Punkt dürften Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) und die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) schon jetzt wissen, dass sie sich gründlich verrechnet haben: Aus der Idee, die Schließung weiterer 18 Notfallpraxen im ganzen Land möglichst schnell und unbemerkt über die Bühne zu bringen, wurde nichts. Die Proteste und Einsprüche gingen auch im Frühjahr 2025 weiter, und die Begleitung der betroffenen Kommunen durch die SPD-Landtagsfraktion erreichte Mitte März einen weiteren Höhepunkt: **Mehr als 200 Verantwortliche aus den betroffenen Kommunen, Expertinnen und Experten aus Medizin und Rettungswesen sowie betroffene Bürgerinnen und Bürger** kamen zum Notfallgipfel der SPD im Landtag zusammen, um sich über die Lage und den Widerstand auszutauschen.

Auf dem hochkarätig besetzten Podium diskutierten unter anderem **Prof. Dr. Andreas Pitz**, Experte für Sozial-, Gesundheits- und Non-Profit-Recht von der Hochschule Mannheim, **Dr. Stefan Kühner**, Chefarzt der Notaufnahme an den Kreiskliniken Reutlingen, **Martin Löffler**, Bürgermeister von Müllheim, sowie **Dr. med. Doris Reinhardt**, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung. Die KVBW-Vertreterin hatte keinen leichten Stand, auch weil viele ihre Argumente von anwesenden Experten widerlegt wurden. So beläuft sich die von den Kassenärzten angeführte „Dienstbelastung“ durch den Notfalldienst rechnerisch auf nicht einmal 15 Minuten pro Woche. Und der ebenfalls als Alibi benutzte Ärztemangel herrscht überall in Deutschland – nur dass alle anderen Bundesländer einen Kahlschlag wie in Baden-Württemberg vermieden haben.



Allein der Notfallgipfel traf schon einen Nerv, wie sich auch an den teils nervösen Reaktionen anderer Parteien zeigte. Der CDU-Fraktion fiel zum Notfallgipfel kaum Besseres ein, als auf das enttäuschende Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl (!) zu verweisen. Der Druck aus der eigenen Basis nimmt dadurch aber auch nicht ab: **Auch betroffene Landräte oder Bürgermeister von der CDU sind überaus aufgebracht über den Kahlschlag**, und sie empören sich offen darüber, wie Gesund-

NOTFALLPRAXEN: WENDE IM KAMPF GEGEN DEN KAHLSCHLAG?

IM KAMPF GEGEN DIE BUNDESWEIT EINZIGARTIGE MASSENSCHLIESSUNG VON NOTFALLPRAXEN LÄSST DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION NICHT LOCKER – UND KANN AN DER SEITE DER MENSCHEN IN DEN BETROFFENEN GEGENDEN ERSTE ETAPPENSIEGE VORWEISEN. ANDREAS STOCH ERKLÄRT, WARUM EIN ENTSCHEIDENDER IMPULS JETZT AUS BERLIN KOMMEN KANN – UND SOWOHL DIE LANDESREGIERUNG ALS AUCH DIE KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG ZU EINER BESSEREN LÖSUNG ZWINGEN KÖNNTE.



Geballte Kompetenz und Engagement im Landtag – der Notfallgipfel der SPD-Fraktion brachte Fachleute und Betroffene zusammen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Roman Götzmann

Redaktion:
Hendrik Rupp

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon:
0711 2063-711/781

E-Mail: zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/
spdlandtagbw

twitter.com/
spdlandtagbw

instagram.com/
spdlandtag_bw

heitsminister Lucha weiterhin einfach den Pressesprecher der Kassenärzte macht, statt seinen Amtspflichten gerecht zu werden. Selbst der Notfallgipfel in Stuttgart, bei dem endlich nicht über die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen geredet wurde, hatte ja nicht das Ministerium organisiert, sondern die SPD-Fraktion.

Eine echte Wende in Sachen Notfallpraxen wird also wohl kaum von der grün-schwarzen Landesregierung herbeigeführt werden. Doch hoffen darf man auf die neue Bundesregierung. In einem Brief an die SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken hat die SPD-Landtagsfraktion darauf gedrängt, die von der bisherigen Bundesregierung vorgesehenen Reformen bei der Krankenhausplanung auch in den „Chefgesprächen“ der Koalitionsverhandlungen zu priorisieren.

Was bedeutet das? Der Bund hat mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz im vergangenen Jahr für die Krankenhausplanung festgelegt, dass Kliniken

der medizinischen Grundversorgung innerhalb von einer halben Stunde mit dem Pkw zu erreichen sein sollen. Diese 30 Minuten Fahrzeit überschreitet die Kassenärztliche Vereinigung mit ihrem Kahlschlag an vielen Stellen deutlich – verweist



aber bisher darauf, dass Notfallpraxen ja keine Krankenhäuser seien. Aus unserer Sicht macht es in der Notfallbehandlung aber keinen Sinn, dass zwischen der ambulanten und der stationären Versorgung unterschiedliche Kennziffern bei der Fahrzeit gelten sollen, zumal es fachlich unumstritten ist, dass die Notfallversorgung mindestens an einem gemeinsamen Ort stattfinden soll.

Wir haben darum vorgeschlagen, dass der Koalitionsvertrag hier konkrete Vorgaben fixiert. Damit wäre dann klar, dass auch der hausärztliche Bereitschaftsdienst innerhalb von 30 Pkw-Fahrminuten erreichbar sein muss.

Eine Reform der Vorgaben für die Notfallversorgung wird von vielen Beteiligten dringend erwartet, und der Entwurf der bisherigen Bundesregierung gilt als weitgehend konsensfähig und zwischen CDU und SPD als unumstritten. Deswegen haben wir in Berlin auch angeregt, diese Reform der Notfallversorgung in das sogenannte 100-Tage Programm aufzunehmen – also auf die Liste der Vorhaben zu setzen, die die neue Bundesregierung in den ersten 100 Tagen ihrer Arbeit erledigt. Damit könnte bereits im Sommer dieses Jahres ein Bundesgesetz verabschiedet werden, mit dem die Fahrzeiten, die der Kahlschlag in Baden-Württemberg den Menschen in Notfällen zumutet, schlicht illegal werden. Dann müssen die Kassenärzte und Minister Lucha nicht einmal einsehen, dass ihre Pläne falsch waren. Sie müssen sie trotzdem ändern.

